

I. Anmeldung

TOP:

7.0

Gesundheits- und Sozialausschuss

Sitzungsdatum 21.06.2017

öffentlich

Betreff:

Alkoholverbotsverordnung

Anlagen:

- Bericht OBM/OA
- Antrag der Freien Wähler vom 29.12.2017 (Alkoholverbotsverordnung)

Bisherige Beratungsfolge:

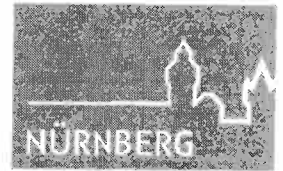
Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
RWA	30.11.2016	☒	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Im Folgenden wird über die im Jahr 2017 erlassene Alkoholverbotsverordnung berichtet, die im Bereich des Hauptbahnhofs den Konsum und das Mitführen von Alkohol (wenn dieser dort konsumiert werden soll) verbietet. Die Polizei stellt die alkoholbedingten Körperverletzungen und Ordnungswidrigkeiten dar, die im betroffenen Areal für April 2017 bis April 2018 zu verzeichnen sind. Außerdem wird die Gesetzesänderung der Ermächtigungsgrundlage (Art. 30 LStVG) vorgestellt, die den Wegfall des bisherigen Verbotszeitraums von 22-6 Uhr bei Vorliegen nachgewiesener Straftaten und Ordnungswidrigkeiten vorsieht.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage



1. Finanzielle Auswirkungen:

- ☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- ☒ Nein (→ weiter bei 2.)

- ☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

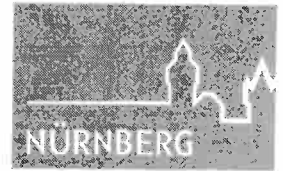
- ☒ Nein (→ weiter bei 3.)

- ☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt



2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- ☐ Ja
☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- ☐ Nein
☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Unterschiedliche Auswirkungen auf einzelne Gruppierungen, die den Hauptbahnhof und Königstorpassage als Treffpunkt nutzen sowie subj. Sicherheitsgefühl der Allgemeinheit.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- ☐ RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
☒ Ref.V
☐
☐

II. Herrn OBM

III. OBM/OA

Nürnberg, 25.05.2018
Der Oberbürgermeister
i. V.

(5322)